Spende des Tages

Wohnbau spendet für Ringer AGs

An insgesamt zehn Schulen in Schorndorf bietet der ASV Bauknecht Schorndorf Ringer-AGs an. Die Kinder und Jugendlichen sind mit viel Freude beim Toben und Bewegen dabei. Doch meist sind die vorhandenen Matten an den Schulen nicht fürs Ringen geeignet. "Durch das Wegrutschen der Matten erhöht sich die Verletzungsgefahr bei den Kindern", so der Kooperationstrainer Norbert Zander. Von diesem Problem hörte Markus Seibold von der Wohnbau hörte Markus Seibold von der Wohnbau Schorndorf und erklärte sich sofort bereit, dieses engagierte Projekt zu unterstützen. "Ich finde es toll, wenn die Kinder sich wieder mehr bewegen. Ich kenne das Ringen und hier lernen die Kleinen die Koordination und können sich auch richtig austoben. Das kann der auch richtig austoben. Das kann der normale Sportunterricht nicht ausreichend bieten." Mit einer Spende über 4000 Euro ermöglichte er dem ASV Bauknecht Schorndorf insgesamt drei Schul-Sportmatten anzuschaffen. Diese kommen in der Reinhold-Maier-Schule in Weiler, in die Rainbrunnenschule und in den Ringer-AGs der Künkelinund Schlosswallschule zum Einsatz. Auch die Kinder freuten sich über die neue Matte: "Wahnsinn, jetzt können wir endlich richtig ringen," strahlte ein Teilnehmer der Ringer-AG bei der Übergabe des Schecks.

Kompakt ____

Afterworkparty der **Lehrer-Gewerkschaft**

Der Ortsverband Schorndorf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft lädt alle Kolleginnen und Kollegen auf Freitag, 26. Juni, zu seiner Afterworkparty ins Café de Ville in Schorndorf ein. Sie beginnt um 18 Uhr. Der Eintritt ist frei. Für Live-Musik und Getränke ist

Benefizkonzert fürs Marienstift

Am Freitag in der Stadtkirche

Am Freitag, 26. Juni, 20 Uhr, spielt das Akkordeonorchester Baltmannsweiler unter der Leitung von Thomas Bauer um 20 Uhr ein Benefizkonzert zugunsten des Fördervereins Evangelisches Marienstift in der Stadtkirche. Der Eintritt ist frei. Vor dem Konzert von 19 Uhr an und zum Ausklang nach dem Konzert lädt der Förderverein zu einem Ständerling ein.

Seit vielen Jahrzehnten ist das Akkordeonorchester Baltmannsweiler ein Garant für konzertante Akkordeonmusik auf höchstem Niveau. Großartige Auszeichnungen und das Mitwirken an nationalen wie internationalen Veranstaltungen sind hierfür Beleg. Beim 11. World Music Festival 2013 in Innsbruck erreichte das AOB in der Kategorie Höchststufe den "Vizeweltmeistertitel". Besonderes Anliegen sind die konzertante Originalliteratur für Akkordeonorchester und die Interpretation klassischer Werke. Thomas Bauer steht seit 1987 als musikalischer Kopf am Pult des AOB. Geboren und immer noch ansässig in Schorndorf, hat er auch jahrelang in der Schorndorfer Kantorei gesungen und in der Stadtkirche seine Orgelausbildung absolviert. Sein seit Jahren harmonisch gewachsenes Orchester hat einen ganz eigenen Klangsinn herausgebildet, welcher einzigartig ist. So sind schon viele besondere Projekte realisiert worden. Mit der Schorndorfer Kantorei unter der Leitung von Bezirkskantorin Hannelore Hinderer hatte man das "Brahms-Requiem" aufgeführt. Mit dem Chor der Universität Hohenheim unter der Leitung von Walter Pfohl wurden "Porgy & Bess" sowie "Carmina Burana" realisiert. Da die Tonbildung des Akkordeons eng mit jener der Orgel verwandt ist, sind sakrale Werke in ganz besonderer Art und Weise zur Interpretation geeignet. So hat das AOB schon eine Vielzahl an Kirchenkonzerten zum Beispiel in Esslingen, Nürnberg, Göppingen und Welzheim bestritten.

Am Freitag stehen einige Bach-Choräle auf dem Programm. Des Weiteren von F. Mendelssohn Bartholdy die Ouvertüre zu "Ein Sommernachtstraum", von L. van Beethoven der 2. Satz aus der "7. Sinfonie", von J. Brahms der 2. Satz aus der "4. Sinfonie" und weitere Werke.

In Kürze

Schorndorf.

Der Hegering Schorndorf trifft sich am kommenden Freitag, 26. Juni, zum Stammtisch um 19.30 Uhr in der Gaststätte Lamm in Schornbach.

Von Bettflüchtern und E-Bikes

Früherer Bremer Bürgermeister Henning Scherf über das Alter und seine Wohngemeinschaft

VON UNSERER MITARBEITERIN SIGRID KRÜGEL

Schorndorf.

Seit 28 Jahren lebt der frühere Bremer Bürgermeister Henning Scherf in einer Wohngemeinschaft in der Bremer Innenstadt. Über seine Erfahrungen damit hat der 77-Jährige auf Einladung der SPD berichtet und den Genossen empfohlen: "Bevor ihr eure Stadt mit Pflegeeinrichtungen zupflastert, entwickelt lieber alternative Angebote."

Er hat zahlreiche Bücher zum Älterwerden geschrieben und lebt in "Deutschlands berühmtester Wohngemeinschaft", wie schon häufig geschrieben: Anfang der 80er Jahre, als die Kinder aus dem Haus gingen, beschloss Henning Scherf mit seiner Frau Luise, dass sie nicht alleine älter werden wollen. Freunden ging es ähnlich. So reifte der Entschluss, ein gemeinsames Wohnprojekt in Angriff zu nehmen, erzählt der 77-Jährige, der Rennrad fährt, singt, musiziert und als Rentner das Malen für sich entdeckt hat. "Ich will die Chancen des Älterwerdens kennenlernen und nutzen", sagt er im voll besetzten Reinhold-Maier-Saal der Künkelin-Halle. Eine davon: nach zehn Jahren als Bremer Regierungschef endlich einmal Zeit für andere Dinge als die Politik zu haben.

Scherf, einer der wenigen, der den Schorndorfer Oberbürgermeister Matthias Klopfer beim Fototermin um zehn Zentimeter überragt, wird auch als Pensionär noch seinem Image gerecht: "Ich glaube, es gibt in Bremen niemanden, der von Henning Scherf noch nicht umarmt worden ist", hat der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement mal über seinen Parteifreund berichtet. Auch in Schorndorf wird jeder per Handschlag zum Vortrag begrüßt, sind Fragen willkommen, läuft Scherf durch die Reihen, statt am Rednerpult zu stehen. Und erzählt:

Vier Jahre haben sie sich zusammengerauft, ein Haus gesucht und eins gefunden. Mitten in der Bremer Innenstadt. 1987 wurde es nach einem Jahr Umbauzeit bezogen. Von den anfangs 20 Leuten, die mit der Idee einer Wohngemeinschaft liebäugelten, waren zehn übrig geblieben. Keine Politiker wie Scherf, "sonst wäre das schiefgegangen", sagt er und lacht. Einfach nur Freunde. Auch welche von früher, die man schon fast aus den Augen verloren hatte.

Drei Paare, darunter Scherfs, verkauften ihr Eigenheim und steckten das Geld in die neue Immobilie. "Jeder soll so viel Freiheit wie möglich haben", hieß die Devise. In dem



Als die Kinder aus dem Haus waren, haben Henning Scherf und seine Frau Luise eine Wohngemeinschaft gegründet.

Bild: Steinemann

einstigen Abrisshaus wurden Wohnungen für Singles und Paare mit unterschiedli-chen Zuschnitten geschaffen. Die Idee einer gemeinsamen Bibliothek und eines Musikzimmers musste aus Geldmangel auf Eis gelegt werden. Heute stehen Bücher immer

noch im Treppenhaus und in den Fluren.
Von Anfang an wurde einmal die Woche gemeinsam gefrühstückt. Samstags um 9
Uhr. Immer bei einem anderen Mitbewohner. Öfter war nicht drin. "Einer von uns ist ein präseniler Bettflüchter, der frühstückt schon morgens um fünf", erzählt Scherf. Wer mag so was schon. Und: "Seit sechs von uns in Rente sind, gibt es auch Mittagessen." Jeder ist mal mit Kochen dran, auch die Mönner. Das gemeinseme Essen het die Männer. "Das gemeinsame Essen hat was", sagt Scherf. "Das ist eine ganz starke Erfahrung." Das Abendmahl in der Kirche hat seitdem für den Protestanten Scherf eine neue Bedeutung gewonnen.

"Die grüne Wiese mit Pflegeheimen vollzubauen, ist nur für die Investoren attraktiv", hat Scherf mal in einem Artikel geschrieben. In Schorndorf appelliert er an die Genossen, Räume für alternative Wohnformen zu schaffen. "Wir haben in Deutschland 40 Millionen Wohnungen, aber nur 800 000 sind altersgerecht.

Der wissbegierige Bremer beschäftigt sich mit der demografischen Entwicklung, besucht Wohnprojekte und schreibt Bücher mit Titeln wie "Gemeinsam statt einsam" und "Grau ist bunt: Was im Alter möglich ist". Die Erlöse daraus und die Honorare aus seinen Vorträgen fließen in das Nicara-gua-Projekt "Pan y Arte".

Eine Schnapsidee: "Das Methusalem-Komplott"

Den "Krieg der Generationen", wie ihn Frank Schirrmacher, bis zu seinem Tod Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 2004 in seinem Buch "Das Methusalem-Komplott" proklamiert hat, hält Scherf für ausgemachten Blödsinn und Schirrmacher "einen der größten Angstmacher". Die Alten machen sich breit und dominieren alles? "Wer kommt auf so eine Schnapsidee? Ich will doch, dass es meinen Kindern und Enkeln gut geht."

Was richtig ist: Wir werden immer älter. "Der demografische Wandel ist nicht zu übersehen." Jedes zweite Neugeborene kann 100 Jahre alt werden, zitiert er die Berechnungen des Rostocker Max-Planck-Instituts für demografische Forschung. Und erzählt von dessen Untersuchung über Hochaltrige, bei der weltweit 841 Personen über 110 Jahre interviewt wurden. Scherf liest gerade ihre Biografien. Er will wissen, warum sie so alt geworden sind. "Sie sind immer unter Leuten geblieben und hatten immer was zu tun." Waren nicht umsonst

Henning Scherf

- Henning Scherf wurde am 31. Oktober 1938 in Bremen geboren.
- Er wuchs mit sechs Geschwistern in der Bremer Neustadt auf, wo der Vater eine Drogerie betrieb.
- Scherf studierte nach dem Abitur ab 1958 Rechtswissenschaften und So-
- ziologie in Freiburg und Berlin. Er ist seit 1963 Mitglied der SPD.
- Von 1978 bis 1995 hatte er in Bremen mehrere Senatorenämter inne.
- 1995 bis 2005 war er Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen.

auf der Welt, sondern hatten stets noch etwas zu erledigen. "Eine Französin, 122 Jahre alt, hat mit 90 ihr Haus auf Rentenbasis an einen Rechtsanwalt verkauft. Sie hat ihn

Zweieinhalb Stunden erzählt Scherf vom Leben, vom Alter und von seinem Leben zusammen mit Freunden im gleichen Haus.

Eine letzte Frage aus dem Publikum: "Was haben Ihre Kinder damals zu der Idee gesagt?" "Sie haben uns spätpubertäre Romantiker genannt und gespottet." Doch letztlich entwickelt sich alles anders als man meint. "Wir wollten keine Tiere, heute haben wir zwei Hunde und eine Katze", sagt Scherf. Der Enkelkinder zuliebe. Auch einige von Scherfs Mitbewohner haben das Rennrad abgeschafft und sind aufs E-Bike umgestiegen. Und seine Kinder leben heute in Berlin und Hamburg in ähnlichen Pro-

Die Zukunft des Wohnens

■ Um die Zukunft des Wohnens im Alter weitere 22 Regionalstellen in 14 Bundes-Mitglied sind gemeinschaftliche Wohnprojekte, Architekten, Juristen, Betriebswirte, Investoren, Wohnungsunternehmen und Kommunen. Angeboten werden Workshops, Fachtagungen und gezielte Projektbegleitung. Die zentrale Geschäftsstelle hat ihren Sitz in Hannover, es gibt

geht es beim **Forum Gemeinschaftli-** ländern. Weitere Infos: www.fgw-ev.de. **ches Wohnen**. Der Verein koordiniert **Eine** Liste alternativer Wohnprojekte und moderiert Projekte und Erfahrungen, bietet das Portal der Stiftung Trias unter www.wohnprojekte-portal.de. Zu finden sind hier selbst organisierte gemeinschaftliche Projekte mit einem ideellen Anspruch sowie Baugruppen und -gemeinschaften, die zusammen bauen, die Immobilie dann aber in Wohnungseigentum aufteilen.

Gebührenrückerstattung ab dem elften Tag

Kita-Tarifauseinandersetzung schlägt im Verwaltungsausschuss noch einmal hohe emotionale Wellen

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED Hans Pöschko

Schorndorf.

Nach dem endgültigen Abschluss der Streiks in den Kinderbetreuungseinrichtungen erstattet die Stadt den Eltern 50 Prozent einer Monatsgebühr ab dem elften Streiktag und die 100-prozentige Monatsgebühr ab dem 20. Streiktag der jeweiligen Einrichtung zurück, sofern von den Eltern keine Notbetreuung in Anspruch genommen wurde.

Das hat der Verwaltungs- und Sozialausschuss beschlossen und zuvor mehrheitlich den SPD-Antrag abgelehnt, den Eltern schon ab dem fünften Streiktag eine komplette Monatsgebühr zu erlassen. "Das würde zu weit gehen und nicht dem entsprechen, was im Umland diskutiert wird", hatte sich die Leiterin des Fachbereichs Bildung, Sport und Erziehung, Nicole Marquardt-Lindauer, gegen den Antrag der SPD-Fraktion ausgesprochen und berichtet, dass es während der Streikphase durch-aus Eltern gegeben hat, die ihre Einzugsermächtigung für den Kita-Beitrag widerrufen haben. Wofür die Fachbereichsleiterin sogar ein gewisses Verständnis zeigte: "Der Streik hat uns alle in Atem gehalten und der ging vor allem zulasten der Eltern, die sich

organisieren, vernetzen und teilweise auch Urlaub machen mussten." Vorausgesetzt, nach der Schlichtung wird nicht erneut gestreikt, würde die Gebührenrückerstattung die Stadt laut Nicole Marquardt-Lindauer etwa 30 000 Euro kosten.

Demgegenüber stünden aber deutliche Personalkosten, gab SPD-Stadtrat Marcel Kühnert zu bedenken und bezeichnete den Vorschlag seiner Fraktion als "gerechte Lösung" insofern, als den Eltern durch den Streit teilweise auch extreme finanzielle Belastungen zugemutet worden seien. "Der SPD-Antrag geht zu weit", widersprach CDU-Stadtrat Matthias Härer, der es in Übereinstimmung mit Grünen-Fraktionschef Werner Neher nicht für angebracht hielt, in einen Wettbewerb einzutreten nach dem Motto "Wer bietet mehr". Schließlich, so Matthias Härer, müsse beim Kita-Streik auch bedacht werden, dass die Forderungen der Gewerkschaft völlig überzogen gewesen seien - mit der Folge, dass das ganze Lohngefüge im öffentlichen Dienst in Gefahr geraten sei. Härer kritisierte in diesem Zusammenhang, dass sich Teile der Regierung, außer der Familienministerin auch der Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, den Gewerkschaftsforderungen angeschlossen und die Streiks gutgeheißen

Und siehe da, es ergab sich eine durchaus außergewöhnliche völlige Übereinstimmung des CDU-Stadtrats mit Oberbürgermeister Matthias Klopfer. Letzterer meinte, es sei "ungehörig, dass sich der Vizekanzler in der Verhandlungsphase zu Wort meldet", und er bezeichnete die Einmischung Gabriels als "ganz schräge Nummer". Für den eigentlichen Dammbruch aber, was die Rückerstattung von Gebühren angehe, sei der grüne Stuttgarter Bürgermeister Werner Wölfle verantwortlich, der schon in einer sehr frühen Streikphase eine Gebührenrückerstattung in Aussicht gestellt habe, anstatt zunächst einmal Arbeitgeberinteressen zu vertreten.

"Ein Streik muss auch wehtun"

Er sei froh über diese Anmerkungen des Oberbürgermeisters, sagte FDP/FW-Stadtrat Gerhard Nickel, der es ebenfalls Wölfle anlastet, dass bei den Eltern sehr früh Begehrlichkeiten in Bezug auf eine Rückerstattung von Beiträgen geweckt worden seien. "Ein Streik muss auch wehtun", sagte Nickel an die Adresse der bei dieser Beratung durch Abwesenheit glänzenden Eltern und nannte es "falsch, dass die Stadt den Druck aus dem Kessel nimmt, den Verdi aufgebaut hat". Diese 30 000 Euro wären besser angelegt in der Besoldung von Erzieherinnen, meinte der FDP/FW-Stadtrat und kündigte an, seine Fraktion werde dem Antrag der Verwaltung auf eine Gebührenerstattung ab dem elften Streiktag gleichwohl zustimmen. Gerhard Nickel selber war der Einzige, der sich bei der Abstim-

mung der Stimme enthielt. SPD-Stadtrat Thomas Berger fühlte sich dann aufgerufen, seinen Parteifreund Gabriel etwas in Schutz zu nehmen. Auch er verurteile Eingriffe in die Tarifautonomie, aber beim Bahnstreik habe es doch auch kaum einen Politiker gegeben, der sich nicht geäußert habe, sagte Berger und versuchte dann noch einmal, eine Mehrheit für den Antrag seiner Fraktion zu organisieren. Unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass dieser Antrag genau der beim Streik 2009 angewandten Regelung entspreche.

Wie erkläre ich, was heute anders ist?" fragte er in die Runde und bekam eine indirekte Antwort von CDU-Stadtrat Max Klinger, der klargestellt wissen wollte, dass auch diesmal kein Präzedenzfall geschaffen werden dürfe und es sich immer nur um eine Einzelfallentscheidung handeln könne. Thomas Berger meinte zur Sache selber abschließend: "Natürlich kommt eine Mehrbelastung auf die Kommunen zu, aber wenn die Stadt auf der anderen Seite Personalkosten einspart, ist schwer vermittelbar, warum die Eltern nur einen geringen Anteil an den Gebühren zurückerhalten sollen."

Das letzte Wort vor der Abstimmung, bei dem die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag unter sich blieb, hatte der Oberbürgermeister, der mit Blick auf den Kita-Streik davon sprach, diese Auseinandersetzung um eine bessere Bezahlung und Eingruppierung der Erzieherinnen sei von der Gewerkschaft "mit einer unvergleichlichen Brutalität geführt" worden – hauptsächlich, um neue Mitglieder zu gewinnen beziehungsweise um diese zu halten. Dieser Tarifstreit, so die Befürchtung Klopfers, werde zu vielen weiteren Spartenverträgen im Offentlichen Dienst führen.